

Pressedienst

Köln, 28. 8.

2023

Landes-Baubetrieb NRW bestätigt Sanierungsfähigkeit Justizzentrum Köln BUND Köln verlangt weitere Einblicke

Die bisherige Weichenstellung beim Justizzentrum Köln lief auf Abriss und Neubau des mit 1.800 Mitarbeiter/innen größten Justizgebäudes in NRW hinaus. Im Widerspruchsverfahren von Helmut Röscheisen, Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Köln des BUND, gegen den ablehnenden Bescheid des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLB) gemäß Umweltinformationsgesetz auf Einblick in die Unterlagen, gab es erste Erkenntnisse. Sowohl in den Voruntersuchungen als auch in einem ergänzenden Experten-Workshop wurde die Sanierungsfähigkeit des Justiz-Hochhauses bestätigt!

Bewertet und geprüft wurden der bautechnische Istzustand und die Investitions- und Bewirtschaftungskosten des erst 1981 errichteten 23stöckigen Gebäudes. „Wir wollen jetzt die Unterlagen für eine detaillierte Gegenüberstellung der Kernsanierung mit dem Neubau“, betonte *Helmut Röscheisen*: „Im Widerspruchsverfahren habe ich auf die wichtige Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude und die überragende Rolle des Gebäudesektors bei der Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft hingewiesen.“ Vor allem wegen des Klimaschutzes müssen Bestandserhaltung und Sanierung einen viel größeren Stellenwert als bisher erhalten, insbesondere bei einem öffentlichen Vorhaben.

„Obwohl die uneingeschränkte Sanierungsfähigkeit des Hochhauses gutachterlich bestätigt war, wurde seitens des Auslobers die Neubauvariante für den anschließenden städtebaulichen Wettbewerb nahezu zwingend vorgeschrieben. Das entsprechende Gutachten blieb unter Verschluss. Vor diesem Hintergrund hat nur eines von elf teilnehmenden Architekturbüros gewagt, den Erhalt des Hochhauses vorzuschlagen“, sagte *Architekt Prof. Thomas Scheidler*, ehemals Hochschullehrer an der Fachhochschule Aachen.

Jörg Frank, BUND Köln, kritisiert: „Den Teilnehmenden des städtebaulichen Wettbewerbs und dem Stadtentwicklungsausschuss wurde die Möglichkeit der kompletten Sanierung des Bestandsgebäudes vorenthalten. Somit wurden der verfahrensleitende Beschluss vom Juni 2022 und die darauf fußenden Folgeentscheidungen in Unkenntnis einer realistischen Alternative zum Neubau getroffen. Inzwischen hat die Landesregierung gewechselt, die sich nun zum aktiven Klimaschutz verpflichtet hat. Wir befürchten, dass der neue Bauherr, Justizminister Dr. Benjamin Limbach, nicht umfassend informiert wurde.“

Kontakt und weitere Infos:

Helmut Röscheisen, 0160/ 97 209 108

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kreisgruppe Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Mail: bund.koeln@bund.net, Phone: 0221 - 724710

Besuchen Sie uns auch im Internet: www.bund-koeln.de, www.facebook.com/bund-kreisgruppe-koeln